



Antrag

der Fraktion der SPD

Mieter*innen vorausschauend schützen – Mieterhöhungen bremsen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Mieter*innen in Schleswig-Holstein müssen angesichts teils dramatisch steigender Nebenkosten infolge der Energieversorgungskrise, der u.a. damit verbundenen außerordentlich hohen Inflation und der insgesamt unsicheren wirtschaftlichen Lage, unmittelbar und wirksam geschützt werden. Um dieses zu gewährleisten, fordert der Landtag die Schleswig-Holsteinische Landesregierung dazu auf, die von der Vorgängerregierung abgeschaffte Mietpreisbremse unverzüglich wieder in Kraft zu setzen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, eine Initiative zur Einbeziehung von Indexmieten in die Kappungsgrenzen-Regelung des BGB in den Bundesrat einzubringen.

Der Landtag fordert des Weiteren die Wohnungswirtschaft auf, ebenfalls einen Beitrag zu Bewältigung dieser außergewöhnlichen Situation zu leisten und angesichts der anhaltend hohen Inflation sowie der erheblichen Belastungen für große Teile der Bevölkerung durch enorme Steigerung von Energie- und Lebenshaltungskosten auf Mieterhöhungen vorerst zu verzichten oder, wo dieses nicht möglich ist, diese nur noch maßvoll vorzunehmen.

Begründung:

Das zu knappe Angebot an Wohnraum ist mittel- bis langfristig nur durch den Neubau von Wohnungen zu vergrößern. Mit dem Blick auf die jüngsten Entwicklungen am Immobilienmarkt mit einer zu erwartenden sinkenden Nachfrage nach Einzel- und Mehrfamilienhäusern, ist in absehbarer Zeit nicht mit einer

Entspannung der Mietpreisentwicklung durch eine ausreichende Anzahl von Neubau-Wohnungen zu rechnen.

Mit dem Ausblick auf sehr stark steigende Nebenkosten in diesem und den kommenden Jahren, einem allmählichen Abflauen des Immobilienbooms und den insgesamt stark steigenden Lebenshaltungskosten, sind weiterhin steigende Mieten und damit eine wirtschaftliche Überforderung erheblicher Teile der Bevölkerung vorprogrammiert. Diese Situation stellt eine ernste Gefahr für den sozialen Frieden in unserem Land dar, die nicht mit staatlichen Hilfsprogrammen allein gebannt werden kann.

Der Zeitpunkt für die Einführung geeigneter Mittel, um dieser Entwicklung frühzeitig vorzugreifen, ist jetzt. Die Landespolitik steht in der Verantwortung, Mieter*innen mit aller Kraft und sämtlichen Möglichkeiten zur Bremsung vor erheblichen Mietpreiserhöhungen zu schützen.

Thomas Hölck
und Fraktion